

sich ihr Vertrauen zur Partei, sie gewinnt an Autorität. Auch alle leitenden Funktionäre der Betriebe müssen auftreten und die kritischen Hinweise der Kollegen berücksichtigen. In dieser Hinsicht gibt es noch einiges zu tun.

Auch in unseren Betrieben gab und gibt es die Meinung: Wir können kritisieren, was wir wollen, verändert wird nichts. Deshalb haben wir den Genossen in Schwerpunktbetrieben geholfen — so im GHG Lebensmittel — ihre Verantwortung und Pflicht zur Massenarbeit besser zu verstehen und zu verändern, was kritisiert wird. Dort wurde zwar gute Arbeit geleistet, es gibt gute Ergebnisse im Wettbewerb, aber die Vorschläge der Kollegen auf Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wurden nicht genügend beachtet, sie wurden wegen „objektiver“ Schwierigkeiten abgetan. Es ging um Waschräume, Umkleideräume und andere soziale Einrichtungen bzw. Forderungen. Mit unserer Hilfe sorgt jetzt die Parteileitung dafür, daß verändert wird. Der Staatsapparat wurde eingeschaltet, eigene Reserven auf gedeckt, die Mitarbeit der Belegschaft bei der Erfüllung all dieser Forderungen wird gesichert. Über den Fortgang der Dinge wird laufend öffentlich Rechenschaft abgelegt. Die hier gesammelten Erfahrungen wurden anderen vermittelt.

In Vorbereitung der Parteiwahlen haben wir zu etwa 9000 Menschen sprechen können. Das hat mit dazu beigetragen, daß Parteilose insgesamt 179 Vorschläge zu den Entschließungsentwürfen machten und 73 Kollegen um Aufnahme in die Parteilisten. In mehr als 40 Betrieben wurden konkrete, meßbare Wettbewerbsziele erarbeitet. Erstmals haben Bri-

gaden aus halbstaatlichen Betrieben und PGH den Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ aufgenommen. 41 sozialistische Arbeitsgemeinschaften wurden gebildet. In der Firma Kolb

und Co. KG entstand ein Neuererkollektiv. Insgesamt wurden 433 Verbesserungsvorschläge eingereicht, von denen bereits 192 mit einem Nutzen von 1 754 000 MDN realisiert wurden.

## Vielseitige Arbeit im Wohngebiet

Unser Plan sieht auch vor, die Bevölkerung in den Wohngebieten mit den wichtigsten Problemen der Entwicklung der Stadt vertraut zu machen. Eine gute Methode ist dabei die Stadtbegehung und Diskussion an Ort und Stelle. Dabei sprechen wir sowohl über das, was neu gebaut oder rekonstruiert werden soll, als auch über das, was sich in den Arbeits- und Lebensbedingungen ändern wird. So haben wir mit vielen Menschen — an der Spitze die Genossen des Sekretariats und des Rates der Stadt — über drei Varianten unseres Wohnungsbauprogramme gesprochen, mit dem Ziel, die auszuwählen, die am ökonomischsten ist und die die beste architektonische Gestaltung gewährleistet. Hierbei wurde wirklich gestritten. Zahlreiche Fachleute beteiligten sich hieran. Etwa fünfzig Vorschläge zur Standortbestimmung, zur architektonischen Gestaltung, zum rationalen Bauen u. a. wurden gemacht. Diese Aussprachen haben wir in einem Forum ausgewertet, zu dem wir auch alle die eingeladen hatten, die an der Stadtbegehung und der Diskussion an Ort und Stelle teilgenommen hatten. Alle Vorschläge werden geprüft und soweit als möglich berücksichtigt.

In Dessau-Mildensee gab es viele Beschwerden wegen des schlechten Zustandes einer Straße. Die vorhandenen Mittel reichten nicht zur Instandsetzung aus. Ratsmitglieder sprachen deshalb mit der Bevölkerung dieser Straße und des

Wohngebietes über bestimmte Fragen unserer ökonomischen Politik — insbesondere über die Notwendigkeit, die Mittel auf Volkswirtschaftliche Schwerpunkte zu konzentrieren — und darüber, wie die Bevölkerung im NAW mithelfen könnte, die betreffende Straße in Ordnung zu bringen. Viele erklärten sich bereit, mitzumachen. Solche Gespräche sind sehr geeignet, der Bevölkerung mit überzeugenden Argumenten, aus dem Leben gegriffen, unsere Friedenspolitik, die historische Rolle der DDR zu erklären, den Stolz zu wecken über alles, was in den letzten 20 Jahren geschaffen wurde, und gleichzeitig die Politik des westdeutschen Imperialismus zu entlarven. Auch Familiengespräche bewähren sich. Das haben wir zum Beispiel gemacht während der Elternbeiratswahlen, als es darum ging, die Meinung vieler Lehrer und Eltern zum einheitlichen sozialistischen Bildungssystem kennenzulernen. Dabei konnten wir studieren, inwieweit das neue Gesetz bekannt ist, welche Schlußfolgerungen verschiedene Bevölkerungsschichten daraus ziehen, welchen Einfluß die Eltern auf die staatsbürgerliche Erziehung ihrer Kinder nehmen, in welcher Richtung der polytechnische Unterricht verbessert werden muß u. a. m. Eine neue Qualität in der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen verlangt Vielseitigkeit und Beharrlichkeit in der Führung.

Herbert Ringel

1. Sekretär der Kreisleitung Dessau